

# „Integration und Bildung neu denken“

von Dr. Ernst Dieter Rossmann und Björn Böhning

## I. Das Hamburger Grundsatzprogramm als Bezugspunkt

*„Soziale Teilhabe und Bildung waren die ersten Ziele der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, aus der die Sozialdemokratie hervorgegangen ist. „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“ war ein wichtiges Motiv im Kampf vieler Menschen für eine bessere Zukunft. Diese Ziele müssen unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart wieder ins Zentrum der politischen Praxis rücken.*

*Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie.[...]*

*Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmt Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit, sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegs- perspektiven.*

*Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft von schnell wachsender Bedeutung. [...] Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes Bildungssystem haben, gedeihen in der globalen Wissensgesellschaft.“ (Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der SPD von 2007, S. 60)*

## II. Die Wirklichkeit ist anders – zehn Schlaglichter.

1. In Deutschland ist das Maß an sozialer Durchlässigkeit im Vergleich zu anderen Gesellschaften immer noch besonders schlecht. Aufstieg durch Bildung ist individuell begrenzt und wird institutionell blockiert.
2. Kinder und Jugendliche aus Arbeiterfamilien, aus Einwandererfamilien, aus Nicht – Akademiker-Familien haben eine massiv schlechtere Chance auf einen höheren Bildungsabschluss und den Besuch einer Hochschule. Eliten und höhere Bildungsschichten rekrutieren sich nach wie vor vorwiegend aus sich selbst.
3. Jugendliche aus Einwandererfamilien und sozial benachteiligten Familien haben deutlich schlechtere Chancen auf eine berufliche Ausbildung. Diskriminierung wird schon allein manifest in der Abwehr von „fremd“ klingenden Namen bei Bewerbungen.
4. Die kulturelle und soziale Diskriminierung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist nach wie vor ein erhebliches Hindernis bei deren Bildungserfolg.
5. Die Qualifikation von eingewanderten Menschen bis hin zu akademischen Abschlüssen wird in Deutschland in einem hohen Maße (500.000 Betroffene) nicht anerkannt. Der Einstieg in

die Gesellschaft ist damit mit der Abwertung der Qualifikation und damit letztlich auch der eigenen Person verbunden.

6. Wer ohne abgeschlossene Erstausbildung ist, bleibt in der Regel auch ohne Chance auf einen späteren Ausbildungsabschluss. 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 und geschätzte 5,5 Millionen Erwerbsfähige ohne abgeschlossene Berufsausbildung insgesamt sind ein persönliche Anklage für den verhinderten Ein- und Aufstieg durch Bildung und ein verschenkter gesellschaftlicher Reichtum.
7. Menschen mit einer Behinderung und ihre Familien erleben immer noch mehr Exklusion als Inklusion in Deutschland. Und das von Kindheit an und ein Leben lang.
8. Der allgemeine Zugang zu Weiterbildung ist in Deutschland immer noch hierarchisiert. Wer schon gut qualifiziert ist, hat deutlich höhere Chancen auf Weiterbildung als der gar nicht oder wenig Qualifizierte, der Ältere weniger als der Jüngere, der Eingewanderte weniger als der Deutsche, der in einem kleinen Betrieb Beschäftigte weniger als der in einem Großen.
9. Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt weist nicht nur eine viel zu hohe materielle Armut, sondern auch eine erschreckende Bildungsarmut aus. Geschätzte vier Millionen Menschen sind funktionale Analphabeten, d.h. sie verfügen nicht ausreichend über die elementare Grundbildung zur Teilhabe und den Grundstock an Beschäftigungs- und Weiterbildungsfähigkeit.
10. Bildung im Alter verliert ihr instrumentelles Gewicht als Voraussetzung und Chance auf Einstieg und Aufstieg. Aber verkümmerte Bildung und Ausschluss von Bildung im Alter führen zum Ausstieg aus der Gesellschaft und zum Verlust von Teilhabe. Dieser Verlust an Teilhabe trifft besonders stark jene Menschen, die schon in ihrem bisherigen Leben wenig Bildungschancen verwirklichen konnten.

### **III. Zu viel Exklusion in Deutschland – was dahinter steht**

1. Die ökonomischen Realitäten (hohe Produktivität und Wirtschaftskraft) haben noch keine ökonomisch begründete Integration erzwungen.
2. Die alte Bundesrepublik konnte sich bei der Realisierung ihres benötigten „Humankapitals“ noch Ausweichstrategien (Gastarbeiter; Einwanderung, Westwanderung aus Ostdeutschland) leisten.
3. Investitionen in technologische Produktivität amortisieren sich kurzfristiger als Investitionen in qualifikatorische Produktivität.
4. Die Fixierung auf ökonomischen Wohlstand in Deutschland hat die Maßstäbe für eine vorwiegend ökonomisch bewertete Anerkennung gesetzt.
5. Die historisch begründete Angst vor dem Fremden und Distanz zu den Anderen hat nicht nur das Staatsbürgerrecht lange dominiert, sondern auch das Verständnis von Bildungsrechten und Bildungsförderpflichten verengt.

6. Der Anspruch des bürgerlichen Bildungsideals hat elitäre und exklusive Bildungsvorstellungen tradiert. Die Überbewertung und die Abgrenzung der akademischen gegenüber der beruflichen Bildung erschweren Bildungseinstieg und Bildungsaufstieg.
7. Gesellschaftliche Konkurrenzen um Status, Einkommen und Ansehen haben unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit und von Abstiegsängsten bis in die Mittelschicht die Anerkennung von Bildungsstatus und Bildungspotentialen von Einwanderern und Aufsteigerschichten hintertrieben.
8. Ein konservatives, begabungsorientiertes Menschenbild in Deutschland definiert Bildung als Zustand, nicht als Prozess. Zweite Chancen sind unpopulär: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ ist leider noch viel zu sehr deutsche Alltagsgewissheit.
9. Bildungsschwächen bei Kindern bringen die größte Nachhilfe- Industrie in Europa hervor, Bildungsschwächen bei Erwachsenen die größte Schweigespirale und Tabuisierung.
10. Lebenslanges Lernen hat in Deutschland wegen der starken Stellung der Wirtschaft bei der beruflichen Erstausbildung und der beruflichen Weiterbildung eine starke ökonomische Prägung, die von der Frage der Rentabilität gekennzeichnet ist.

#### **IV. Gute Bildung ist integrative Bildung - zehn Grundsätze**

1. Gute Bildung ist ganzheitliche Bildung, zu der die Entwicklung von Fähigkeiten, Wissen und Qualifikationen ein notwendiger, aber nicht hinreichender Beitrag ist. Gerade integrative Bildung schließt in besonderer Weise die Persönlichkeitsbildung mit ein.
2. Gute Bildung ist die Voraussetzung für den gesellschaftlichen Einstieg und Aufstieg, sie ist auch eine zentrale Voraussetzung für eine gute, integrative Gesellschaft.
3. Die Losung von Aufstieg durch Bildung und Aufstieg für alle wird dann brüchig und exkludierend, wenn sie nicht ergänzt wird durch das Prinzip von Anerkennung für alle, unabhängig von ihrer Bildung.
4. Vielfalt ist eine soziale, kulturelle und wirtschaftliche Herausforderung, auf die sich das Bildungssystem einstellen muss. Sie muss in den Bildungsinstitutionen unterstützt und gefördert werden.
5. Mehrsprachigkeit von Kindheit an muss als Chance erkannt werden. Das Erlernen guter deutscher Sprachkenntnisse so früh wie möglich ist allerdings die Voraussetzung für eine positive Bildungslaufbahn.
6. Bildungschancen sind keine Frage des Niveaus von Bildung, sondern eine Frage der Chancen auf jedem Niveau.
7. Integrative Bildung ist interkulturell zwischen den Kulturen, intergenerationell zwischen den Generationen und inklusiv zwischen den Menschen mit ihren jeweiligen Handicaps.

8. Das sozialdemokratische Konzept von Integration macht keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Gruppen von Menschen, die durch Bildung mehr Integration erfahren und zu Integration beitragen können.
9. Bildung ist die soziale Frage der Moderne. Integration ist deshalb auch vorrangig kein religiöses oder kulturelles, sondern ein soziales und damit auch ein Bildungsproblem.
10. Bildung und Integration sind gesellschaftliche und politische Aufgaben in öffentlicher Verantwortung. Damit Integration durch Bildung als Menschenrecht befördert wird, braucht es ein starkes öffentliches Bildungswesen. Denn nur ein starkes öffentliches Bildungswesen ist ohne besondere private Voraussetzungen prinzipiell für alle zugänglich und damit integrativ.

## **V. Handlungsmaximen und politische Initiativen. Dreizehn Vorschläge für Projekte mit integrativer Hebelwirkung**

1. Bildung, die zur Integration beitragen soll, muss allgemein zugänglich und möglichst beitragsfrei sein. Der kostenlose Besuch der frühkindlichen Bildungseinrichtung Kindertagesstätte von 1 bis 6 ist ein zentrales Projekt, um Kinder nicht nur früh, sondern gemeinsam und inkludent zu betreuen, zu fördern und zu bilden.
2. Die Kita muss zur Bildungseinrichtung werden, in der früh herkunftsbedingte Ungleichheit, z.B. Sprachdefizite, ausgeglichen wird. Neben einer intensiveren Förderung in kleinen Gruppen muss die Schulpflicht ggf. um ein Jahr vorgezogen werden. In Stadtteilen mit besonders hohen sozialen Problemen muss die Ausstattung der Kitas und Schulen durch Sozialarbeiter besonders verbessert werden. Das Ziel muss sein, dass in solchen Quartieren pro Jahrgang und Schule/Kita ein Sozialarbeiter zur Verfügung stehen muss.
3. Integration als Prozess beinhaltet Fördern und Fordern. Eltern müssen ihre Verantwortung für den Aufstieg ihrer Kinder wahrnehmen. Dies gilt insbesondere für die Teilnahme am schulischen Leben. Die Einbindung der Eltern in den Bildungsprozess muss durch intensive Lernortkooperationen in der Kita und der Schule verbessert werden. Die Schulpflicht bindet alle, sie muss durch intensive Betreuung im Zweifel auch Druck sichergestellt werden. Ein Besuch der Eltern in der Schule, mindestens zweimal jährlich, sei es beim Elternabend oder in Elternsprechstunden, sollte obligatorisch sein.
4. Eine Schulform, die in ihrem Status und ihrer Zusammensetzung den Ausschluss von Einstieg und Aufstieg durch Bildung gegenüber den betroffenen Jugendlichen wie den Familien, den Arbeitgebern wie der Öffentlichkeit dokumentiert, darf es nicht länger geben. Langes gemeinsames Lernen auf Schulen, die sich für jeden einzelnen Schüler verantwortlich fühlen und ihre Schüler nicht auf anderen Schulen herabstufen können, sind genauso zwingend wie gute Ganztagschule als sozial integrativer gemeinsamer Ort von Lernen und Leben.
5. Jeder junge Menschen hat das Recht auf eine berufliche Ausbildung, sei es schulisch oder im dualen System. Wer keinen Schulabschluss oder beruflichen Abschluss hat, hat das Recht auf eine so genannte 2. Chance. Berufsbegleitende Ausbildungen müssen massiv ausgebaut wer-

den, um die große Zahl junger Erwachsener ohne Berufsausbildung zu erreichen. Der Exklusion durch Warteschleifen im Zweiten Arbeitsmarkt muss begegnet werden. Die nächste große Bildungsreform muss das berufliche Aufstiegssystem zum Inhalt haben.

6. Erstausbildung und Weiterbildung müssen in einen inhaltlichen, zeitlichen und rechtlichen Kontext gestellt werden. So wie jeder Mensch das Recht auf mindestens drei Jahre akademische oder berufliche Erstausbildung hat, soll jeder Mensch das Recht auf mindestens drei Jahre berufliche und allgemeine Weiterbildung in seinem Berufsleben bekommen. 2 mal 3 als Grundformel müssen für das Recht auf Erwachsenenbildung populär gemacht werden.
7. Die Kategorie der Beschäftigungsfähigkeit muss erweitert werden um die Kategorie der Weiterbildungsfähigkeit. Projekte wie WeGebAU etc. zur Qualifizierung und Beschäftigung älterer Arbeitnehmer haben nur eine Chance, wenn hier eine Weiterbildungsbrücke im mittleren Beschäftigungsalter gelegt worden ist.
8. Integration braucht integrative Institutionen. Interkulturelle integrative Bildung wird befördert durch entsprechend interkulturelle mehrsprachige Institutionen wie Europa – Schulen, Europa. Hochschulen und einschlägige Partnerschaften auch im berufsbildenden Bereich. Schulen und Hochschulen müssen nachhaltig mit internationalem Lehrpersonal Integration und Bildung persönlich und institutionell vorleben. Das gilt auch für Kindertagesstätten. Die Zweisprachigkeit von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern kann helfen den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu steigern.
9. Gut qualifizierte Einwanderer müssen schnell und unkompliziert Anerkennung in ihrer Qualifikation oder eine entsprechende Einstiegs- und Aufstiegsförderung erfahren. Gerade für das pädagogische und sozialpädagogische Arbeitsfeld sind aus diesem Potential deutlich mehr Menschen zu gewinnen. Wir brauchen ein Anerkennungsgesetz, dass schulische und berufliche wie akademische Ausbildungsleistungen, die im Ausland erworben wurden, nicht verloren gehen lässt.
10. Integration ist zu entkoppeln von der öffentlichen Fixierung auf Defizite, Kompensation, Randständigkeit und soziale Immobilität. Die Vielschichtigkeit von Einwanderung ist genauso herauszustellen wie die reale und die potentielle Leistungsfähigkeit der Einwanderer und die kulturelle und soziale Bereicherung und Dynamik. Die Parteien, Verbände, Kirchen und die staatlichen Institutionen haben Vorbildwirkung für den Einstieg und Aufstieg durch Bildung und Leistung.
11. Die Fokussierung auf 80 000 junge Menschen, die jedes Jahr ohne Schulabschluss bleiben, muss erweitert werden um die 1,5 Millionen zwischen 20 und 30 ohne Berufsausbildung bzw. die 5 – 6 Millionen Erwerbsfähige ohne Ausbildung und die 4 Millionen funktionalen Analphabeten. Deutschland braucht einen nationalen Bildungspakt „2020 - Grundbildung für alle“ von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialpartnern. Was die Schuldenbremse 2020 in der Hausaltswirtschaft, muss der Pakt „2020 - Grundbildung für alle“ in der Bildungspolitik werden – eine 10 Jahres – Verpflichtung mit jährlichen Fortschrittsberichten.

12. Die möglichst inklusive Bildungsförderung für Menschen mit Behinderung und Handicap löst ein Menschenrecht ein. Sie verändert zugleich gibt die Wahrnehmung und den Umgang mit Verschiedenheit allgemein und ist damit auch ein Beitrag zum Umgang mit Alter, Einwanderung, sozialer Vielfalt und Verschiedenheit. Inklusive Institutionen sind nicht mehr die gleichen Institutionen wie vorher, sondern Katalysatoren für Integration und Teilhabe durch Bildung allgemein.
13. Bildungsförderung im Alter jenseits der Erwartung beruflicher und wirtschaftlicher Verwertbarkeit sichert Teilhabe und Lebensqualität. Seniorenbildung trägt zur Anschlussfähigkeit und Integration der Generationen bei. Seniorenbildung ist bisher in Deutschland unterentwickelt und wird im demographischen Wandel gleichwohl immer wichtiger. Es ist dringend notwendig, für diese 5. Bildungsphase, nämlich die nachberufliche, jetzt ganzheitliche Konzepte zu entwickeln und zu befördern.

Wir danken DL21 für die Abdruckerlaubnis.

### **Über die Autoren**

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, ist Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion und Vorstandsmitglied des Forums DL21 e.V.

Björn Böhning ist SPD-Parteivorstandsmitglied und Vorsitzender des Forums DL21 e.V.

#### **Kontakt:**

[info@forum-dl21.de](mailto:info@forum-dl21.de)  
<http://www.forum-dl21.de>

### **Anmerkung der Redaktion:**

In der DL21 organisieren sich linke SozialdemokratInnen, demokratische Linke, die mit der Sozialdemokratie Politik gestalten wollen und SozialistInnen. Sie treten für eine solidarische, ökonomisch und ökologisch nachhaltige, zukunftsfähige Politik ein, die Antworten auf die Probleme der globalisierten Welt im 21. Jahrhundert findet. Ziel ist der demokratische Sozialismus. Die Mitgliedschaft ist nicht an eine SPD-Mitgliedschaft gebunden.

Die Inhalte der Gruppierung werden u.a. in der „spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ veröffentlicht. Im Moment gibt es die DL21 in 10 Bundesländern. Zwischen dem linken Flügel der Grünen (z.B. [grüne emanzipatorische Linke](#)), der Partei DIE LINKE ([emanzipatorische Linke](#) mit der Zeitschrift „Prager Frühling“ und das [Forum demokratischer Sozialismus](#)) und DL21 findet ein Austausch über gemeinsame Politikansätze statt. Weitere Informationen zu DL21 auf ihrer Homepage (siehe „Kontakt“ weiter oben).

Vorsitzender von DL21 ist derzeit Björn Böhning, stellvertretender Vorsitzender Niels Annen und Geschäftsführer Veit Swoboda

---

### **AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[auswege@gmail.com](mailto:auswege@gmail.com)